

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Januar 2016

01/2016

Ihre Bilanz kann sich sehen lassen

Neujahrsempfang

DIE LINKE. OPR

Montag, den **08.02.2016**, 18.00 Uhr

Lindow, Versammlungsraum Feuerwehr

Wie weiter 2016 ?

Hinter uns liegt das Jahr 2015, und es war ein durchwachsendes Jahr für DIE LINKE. OPR.

Auch das dritte Jahr in Folge konnten wir einen Mitgliederzuwachs in alle Altersklassen verzeichnen und unsere Position als jüngster Kreisverband Brandenburgs ausbauen. Außerdem wächst unsere Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen stetig an und ist nicht mehr aus unserem Kreisverband wegzudenken. Desweiteren haben wir im letzten Jahr nicht nur einmal bewiesen, dass wir auch weiterhin kampagnenfähig sind und als Mitglied der Aktionsbündnisse gegen Rechts ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gesetzt haben.

Doch nicht alles, was wir uns vorgenommen hatten, haben wir auch erreicht. So gibt es immer noch Kommunen, in denen ohne unseren verstärkten Einsatz bei der nächsten Kommunalwahl eventuell kein Kandidat der LINKEN mehr auf dem Wahlzettel zu finden sein wird. Auch in anderen wichtigen Themenfeldern, die die Menschen beschäftigen, wie soziale Gerechtigkeit und die Flüchtlingsfrage, müssen wir uns noch stärker engagieren und unseren Teil dazu beitragen, dass die Probleme erkannt und gemeinsam gelöst werden. Auch deshalb hat sich der Kreisvorstand dafür entschieden, das Thema Flüchtlinge zu einem dauerhaften auf seiner Tagesordnung zu machen und als Koordinator für die Basis zu dienen. Auch möchten wir im Jahr 2016 wieder vermehrt Kampagnen bestreiten, um den Menschen zu zeigen, dass neben dem ganzen GROKO-Einheitsbrei noch eine echte, eine soziale Alternative, für sie da ist. So wird unsere gut angelaufene

Fortsetzung auf Seite 3

Bundestagsabgeordnete legt Rechenschaft ab

Seit 2005 vertritt Dr. Kirsten Tackmann, promovierte Veterinärmedizinerin aus Tornow bei Wusterhausen/Dosse, linke Politik im Deutschen Bundestag. Wie bereits in der vergangenen Wahlperiode legte sie im Dezember wieder Rechenschaft vor ihren Wählern ab und sprach über ihre geleistete Arbeit, über Erreichtes und das, was noch angepackt werden muss.

Ihre Heimat liegt ihr sehr am Herzen. Zu ihren politischen Schwerpunkten gehören deshalb auch die Aufrechterhaltung einer vernünftigen Infrastruktur zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen, lebendige Dörfer mit Arbeitsplätzen sowie eine regional nachhaltige Landwirtschaft mit Verarbeitung und Vermarktung.

Im Bundestag werden Gesetze und politische Entscheidungen gefällt, die in Ausschüssen vorbereitet werden. Mit ihrer Arbeit als agrarpolitische Sprecherin und der entsprechenden Arbeit in den Fachausschüssen konnten unter ihrer Haupt- oder Mitverantwortung wichtige Anträge und Anfragen eingebracht und ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden, zu Themen wie:

- eine nachhaltigere und transparentere Agrarförderung
- einen Privatisierungsstopp bundeseigener land- und forstwirtschaftlicher Äcker, Wiesen, Wälder und Seen
- mehr Geld für die friedliche Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide und die Sicherung der Interessen der Region
- tiergerechte Haltung durch Bestandsobergrenzen an Standorten und Regionen
- Offenbarung volkswirtschaftlicher Kosten von Gentechnik und daraus folgend ein nationales Anbauverbot
- Verbot von Glyphosat (kann bei Menschen Krebs auslösen) als Vorerntebehandlung und im privaten Bereich.

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt in der Mitarbeit am PLAN B, einem roten Projekt zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Hier wurden in einer ersten Phase Visionen für das



Kirsten Tackmann nah am Wähler

Foto: Jürgen Schubert

Jahr 2050 aufgezeigt, jetzt geht es in die nächste Projektphase PLAN B konkret. Hier stellen sich die Macher den schwierigen Wie-Fragen der Praxis und zeigen in den ersten drei Broschüren konkrete Umsetzungsvorschläge zur künftigen Energieversorgung, zum öffentlichen Personennahverkehr und zu einer vernünftigen Regulierung von Bodeneigentum.

Für die Arbeit im Wahlkreis stehen in der nächsten Zeit besonders Themen wie die Flüchtlingspolitik, die stark diskutierte Verwaltungsstrukturreform oder der Ausbau von Windkraftanlagen und Tierhaltungsbetrieben im Mittelpunkt ihrer Arbeit. Dazu hatte die linke Bundestagsabgeordnete auch gleich Fachleute aus der Region zu einer Podiumsdiskussion zum Thema Flüchtlinge in Brandenburg eingeladen. Mit dabei waren der 1. Beigeordnete des Landrates der Prignitz Christian Müller, Martin Osinski als Koordinator Asylbewerber im Kreis OPR sowie die Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig und Thomas Domres.

Die Halbzweibroschüre ist in den Geschäftsstellen der LINKEN und als Download unter www.kirsten-tackmann.de erhältlich.

Jürgen Schubert

Kyritzer Friedensinitiative

Offener Brief der Initiative »Kyritzer Bürger für Frieden«



Montagsdemo auf dem Kyritzer Marktplatz
Foto: Andre Reichel (MAZ)

Im November des vergangenen Jahres setzten die Kyritzer Kathrin und Sascha Boleslawsky und Dr. med. Jörg Kannenberg ihre Idee, etwas für den Frieden zu tun, um. Sie bildeten eine Bürgerinitiative, die sich in der Tradition der Montagsdemos und der Ostermärsche sieht.

Seitdem treffen sich jeden Montag Bürger unterschiedlichster Art auf dem Marktplatz in Kyritz. An der Friedenseiche, die nach dem Sieg über Napoleon gepflanzt wurde, leuchten die Friedenslichter der Teilnehmer und künden von der Absicht, sich für den Frieden in der Welt einzusetzen. Es wird gemeinsam gesungen, Gedichte werden vorgetragen. Es gibt einen regen Austausch zu Fragen aller Art und besonders zur Unterstützung der vor dem Krieg Geflüchteten.

Die Initiatoren erarbeiteten einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin, in den auch Gedanken von Teilnehmern der Montagstreffen einfließen. Der offene Brief ist im Internet unter www.openpetition.de/petition/online/kyritzer-buerger-fuer-frieden zu finden und kann dort online gezeichnet werden (bis 27.2.2016). Dr. Kannenberg äußerte gegenüber der MAZ: »Wenn genügend Leute mitmachen, ist sogar ein Volksbegehren denkbar«. Tun wir etwas, um die Spirale der Gewalt zu durchbrechen!

Petra Buschke, Wusterhausen

PS: Der Brief an die Bundeskanzlerin liegt auch in den Geschäftsstellen der LINKEN aus.

Er kann ebenfalls von unserer Internetseite www.dielinke-opr.de heruntergeladen, mit den persönlichen Daten versehen und direkt an das Bundeskanzleramt geschickt werden.

Hier der Wortlaut des Briefes an Bundeskanzlerin Merkel:

Unser Ziel ist Frieden

»Es gibt keinen Weg zum Frieden, denn Frieden ist der Weg.« (Mahatma Gandhi)

Die politische Entwicklung und die Eskalation der Gewalt in den vergangenen Wochen bereitet uns Sorge. Der Krieg in Syrien ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Der beschlossene Kampfeinsatz der Bundeswehr in Syrien gegen den »Islamischen Staat« erfolgt ohne Mandat der Vereinten Nationen und er dient nicht der Verteidigung unseres Landes. Mit der Entscheidung des Bundestages verstößt die Regierung aus unserer Sicht gegen unser Grundgesetz und die UN-Charta. Wer Krieg durch Krieg beenden will, schafft noch mehr Tod und Zerstörung, noch mehr Flüchtlingselend und Leid. Aus unseren Begegnungen mit Menschen, die hier Zuflucht gefunden haben, wissen wir, dass sie sich nach einer friedlichen Zukunft in ihrer Heimat sehnen. Deshalb muss die Spirale der Gewalt gestoppt werden.

Darum fordern wir Sie auf:

- beenden Sie den Kampfeinsatz der Bundeswehr in Syrien - sofort
- verbieten Sie deutsche Waffenexporte
- unternehmen Sie alle Anstrengungen für eine friedliche Lösung des Syrienkonfliktes.

Hiermit erkläre ich der Initiative »Kyritzer Bürger für Frieden« meine Unterstützung und schließe mich den Forderungen an.

Begründung:

Die Ereignisse der letzten Monate und Wochen: Paris, Madaja, Köln, zuletzt Istanbul sprechen für sich. Die Gewalt findet offensichtlich kein Ende. Der Flüchtlingsstrom wächst. Es gibt nicht den kleinen Frieden im trauten Heim, ohne den Frieden in der Welt.

Die deutschen Waffenexporte und die Beteiligung der Bundeswehr sind nur 2 Bausteine der Spirale der Gewalt. Lasst sie uns bitte gemeinsam beenden!

»Viva a Alternativa?! - Chancen und Grenzen solidarischer Ökonomie im ländlichen Raum«
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e.V. lädt alle Interessierten ganz herzlich zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ein.
Sonntag, 13. Februar von 15-19 Uhr
Stadtbibliothek Neuruppin
Eintritt und kleines Buffet sind kostenfrei.

Kommentar

Die SPD hat es geschafft!

In ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte hat sich die SPD noch nie so weit von ihrer Klientel - den Werktätigen und sozial Schwachen - also der Mehrheit des Volkes, abgewandt wie jetzt. Da kann man wohl mit Recht fragen, ob sie noch eine, wie sie sich einmal selbst bezeichnet hat, Arbeiterpartei ist?

Auf ihrem Parteitag im Dezember 2015 beschlossen die Genossen, den Blick auf die »arbeitende Mitte« zu richten. Somit konkurriert die SPD ganz klar mit der CDU. Über die in Deutschland herrschende massive Armut wurde kein Wort verloren. Vielmehr aber von einem »patriotischen Selbstverständnis«. Auch sucht man vergebens danach, ob sich die SPD für eine weitere Entlastung der Arbeitnehmer bei Steuern und Abgaben einsetzen wird. Stattdessen liest man etwas von »Fairness« bei Steuern und Abgaben. Reichen- oder Vermögenssteuer - Fehlanzeige!
Dass ein Großteil der Deutschen gegen TTIP ist, interessiert Gabriels SPD überhaupt nicht. Genauso wenig wie die Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr durch die Masse der Bevölkerung.

Ach ja, um sich vom Regierungspartner CDU/CSU abzugrenzen, will die SPD »Flüchtlingskontingente«, während CDU/CSU von »Obergrenze« sprechen. Nun muss mir mal einer erklären, worin hier der Unterschied besteht?

Anstatt die internationale Lage gründlich zu analysieren, die Flüchtlingsursachen zu bekämpfen, bleibt die SPD dabei, die Politik des Wirtschafts- und Finanzkapitals zu unterstützen. Dabei scheut sich die SPD auch nicht, parlamentarische bzw. grundgesetzliche Regelungen auszuhebeln (Beispiel AWACS-Aufklärungsflugzeuge in die Türkei).

Und dann die Türkei. Einerseits wird die türkische Regierung wegen ihrer Menschenrechtsverstöße, den »Bürgerkrieg« gegen die Kurden und die Unterstützung des IS von der EU kritisiert, andererseits unterstützt die SPD die Milliardenzahlung Deutschlands an die Türkei, nur damit diese die Flüchtlinge von der EU fern hält.

Ein 86-jähriger Mann aus dem Ruhrgebiet sagte neulich, dass er immer SPD gewählt habe, aber diese SPD einfach nicht mehr wählbar ist. »Da kann ich gleich das Original, die CDU, wählen«, war sein abschließender Kommentar!

Achim Müller

Lehrer dringend gesucht

Mit Martin Osinski, Koordinator Asylbewerber im Landkreis OPR, sprach unser Redaktionsmitglied Jürgen Schubert.

Herr Osinski, wie viele Flüchtlinge hat der Kreis aufgenommen, wo und wie sind sie untergebracht?

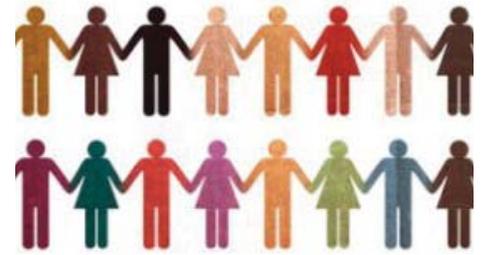
Martin Osinski: Mit Stand vom 31.12.2015 hat der Landkreis etwa 1.500 Flüchtlinge aufgenommen. So sind z. B. in Rheinsberg 310 Flüchtlinge untergebracht (Wohnungen und Schlosshotel), in Neuruppin 300 (Übergangwohnheim und Wohnungen). Etwa 30% der Flüchtlinge kommen aus Syrien, die anderen aus dem Iran, Irak, Afghanistan, Eritrea, der Russischen Föderation (hauptsächlich Tschetschenien), aus den Balkanstaaten weniger als 10%. Für die Unterbringung ist der Landkreis verantwortlich, man versucht dabei, konsequent und effektiv den Wohnungsleerstand zu nutzen (z. B. in Lentzke und Lögow). Für sicherlich auch in 2016 aufzunehmende Flüchtlinge werden weitere Unterkünfte im Bereich der ehemaligen Panzerkaserne (sogenannte Modulbauten) und in den früheren Räumen der Ländlichen Erwachsenenbildung entstehen. Wie viele Unterkünfte noch gebraucht werden, ist unklar, denn viele der anerkannten Flüchtlinge bleiben nicht hier (im Kreis etwa die Hälfte), sondern ziehen in andere Bundesländer/Länder weiter, dadurch werden wieder Plätze frei.

Herr Osinski, wollen Flüchtlinge sich überhaupt integrieren? Welche Möglichkeiten und unterstützenden Maßnahmen gibt es?

Martin Osinski: Wenn man mit Flüchtlingen spricht, kommt immer wieder zum Ausdruck, dass sie nicht gekommen sind, um von staatlicher Hilfe zu leben. Sie haben ein starkes Interesse, sich zu integrieren, die deutsche Sprache zu lernen und für ihren Lebensunterhalt zu arbeiten. Während des Asylverfahrens erfolgt das Erlernen der Sprache meist in einer Kombination aus ehrenamtlicher Hilfe und Deutschkursen, die über ein in Brandenburg speziell aufgelegtes Programm bezahlt werden. Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge dürfen nur Menschen nutzen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist. Über die Bundesanstalt für Arbeit wurden Ende letzten Jahres Kurse bedarfsdeckend angeboten, es fehlen aber zunehmend qualifizierte Lehrer.

Herr Osinski, warum arbeiten so wenig Flüchtlinge, welche Unterstützung ist weiterhin erforderlich?

Martin Osinski: Asylsuchende dürfen in den ersten drei Monaten (ab Antragstellung) nicht regulär arbeiten (nur Hilfsarbeiten oder Ein-Euro-Jobs). In den ersten 15 Monaten ihres Aufenthalts gilt



ein Beschäftigungsvorbehalt: Jobcenter müssen erst prüfen, ob es einen ähnlich qualifizierten deutschen Bewerber oder EU-Bürger gibt. Auch gibt es zu viele bürokratische Hürden, im Ausland erworbene Abschlüsse werden nicht anerkannt bzw. die Anerkennung ist langwierig und schwierig. Regionale Arbeitgeber versuchen mit vielfältigen Initiativen, z.B. Praktika, offene Stellen mit geeigneten Flüchtlingen zu besetzen. Die ehrenamtliche Unterstützung ist riesig, es müssen aber auch die Ehrenamtler besser unterstützt werden, besonders mit finanziellen Mitteln, mit Geld für mehr Personalstellen und Sachmittel. Die Arbeitsaufnahme muss durch Abbau bürokratischer Hürden erleichtert werden.

Wer Flüchtlinge unterstützen möchte, nutzt dazu am besten das Onlineportal HelpTo. Die Angebote werden durch die Sozialarbeiter gesichtet und aufbereitet. Sachspenden bitte erst nach Absprache mit den Betreuern abgeben.

Herr Osinski, ich bedanke mich für das Gespräch.

Wie weiter 2016 ?

Fortsetzung von Seite 1

Aktion »Wo drückt der Schuh« genau so wiederkehren wie auch die bisher immer sehr gut aufgenommenen Wahlkampfhilfen für Landesverbände, die in diesem Jahr Landtagswahlen zu bestreiten haben. Außerdem wird sich der Kreisverband langsam, aber stetig, auf die nächste Bundestagswahl vorbereiten. Für uns steht fest, Kirsten Tackmann gehört für weitere vier Jahre in den Bundestag, um für unsere Interessen auf der großen Bühne der Politik zu streiten.

Es ist unser Ziel, auch im Jahr 2016 weiter zu wachsen und die Marke von 250 Mitgliedern im Kreis zu knacken. Und wir werden natürlich auch weiter kritisch den Prozess der Strukturreform begleiten und uns, wenn nötig, nicht zu fein sein, auch unserer eigenen Landtagsfraktion mal zu sagen, was die Basis wirklich will.

*Paul Schmudlach
Kreisvorsitzender*

Fluchtursachen bekämpfen - nicht die Flüchtlinge!

DIE LINKE. fordert:

- keine weitere Beteiligung Deutschlands an Kriegen und Militärinterventionen der NATO
- eine friedliche Außenpolitik, die keine weitere Destabilisierung von Staaten durch Sanktionen, die die Bevölkerung treffen, zum Ziel hat
- sofortiger Stopp von deutschen Rüstungsexporten
- Verhandlungen über Freihandelsabkommen wie z.B. TTIP, stoppen
- endlich 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit einsetzen (Selbstverpflichtung)
- ein Verbot der Unterhaltung von Flughäfen und militärischen Einrichtungen auf deutschem Boden durch die USA zur Führung ihrer Kriege
- die Erhöhung des deutschen Beitrages

für das Welternährungsprogramm im Rahmen der Syrienkrise von rund 162 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro

- Staaten müssen das Recht erhalten, ihre heimischen Nahrungsmittelmärkte vor Importen zu schützen, um damit wieder Herr über die eigene Ernährung zu werden.

Aufgelesen

Kalt

stapfe ziellos durch ein Menschenmeer
leer der Blick
auf mich

*Janina Niemann-Rich
Lyrikerin*

Bundestagsreport

Krieg wieder Mittel deutscher Politik

Halbzeit ist Start ins Vorwahlkampfjahr



Man mag es kaum glauben, aber die Wahlperiode hat schon wieder Bergfest. Wobei Fest wohl der falsche Begriff ist. Krieg ist auch für die deutsche Bundesregierung und die hinter ihr stehende Koalition von Union und SPD wieder zu einem Mittel der Politik geworden. Selbst Gerhard Schröder hatte eine direkte deutsche Beteiligung am Irakkrieg verweigert, Guido Westerwelle hat keine Truppen nach Libyen geschickt. Aber nun fliegen deutsche Tornados Aufklärungsflüge über Syrien. Immerhin 28 SPD - Abgeordnete haben sich diesem Mandat verweigert, dafür haben ein paar Grüne zugestimmt. Nur DIE LINKE hat einstimmig und konsequent wieder nein gesagt - wie wir auch die Ausweitung des Bundeswehreinsetzes in Mali ablehnen.

Krieg ist keine Lösung

Konflikte lassen sich nicht militärisch lösen - weder in Syrien noch in Afrika. Und auch der IS lässt sich nicht militärisch besiegen. Im Gegenteil - jede Bombe wird mehr Zulauf rekrutieren. Übrigens egal, ob es eine der NATO oder eine russische Bombe ist. Geldhähne zudrehen, kein Öl mehr aus IS-Quellen kaufen und Waffenexporte beenden sind die notwendigen Antworten. Auch wirksame Unterstützung der Flüchtlingslager in der Region sowie beim Wiederaufbau des Landes würde vermeiden, dass Menschen auf lebensbedrohlichen Routen flüchten müssen. DIE LINKE wird deshalb weiter für den Ausstieg aus diesem Teufelskreis der militärischen Logik kämpfen. Im Parlament ebenso wie auf den Straßen und Plätzen.

Auch sozial und ökologisch gibt es ein Armutszeugnis zur Halbzeit für die Koalition. Zwar gab es ein paar Trostpflaster wie die Rente mit 63 für anderthalb Jahrgänge. Aber ein Ausstieg aus einer

unsozialen Politik blieb aus, und so geht die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinander und das Geld in den öffentlichen Kassen reicht nicht, weder zur Verhinderung von Armut bei Kindern, besonders bei Alleinerziehenden, für existenzsichernde Renten oder ein würdevolles Leben für Erwerbslose noch für eine bedarfsgerechte Mobilität besonders in den Dörfern und kleinen Städten, ein leistungsfähiges, nicht sozial ausgrenzendes Schulsystem. Geflüchtete Menschen zeigen insofern nur die Probleme noch deutlicher, die ohnehin bestehen. Mit ihnen gemeinsam können wir alle dazu beitragen, sie endlich zu lösen. Dazu brauchen wir eine andere Politik im Bund. Dafür werden wir auch in unserem Wahlkreis weiter kämpfen.

Die traditionelle Halbzeitbroschüre zu unserer Arbeit wurde bei einer sehr gut besuchten Veranstaltung in Kyritz im Dezember vorgestellt und steht in den Wahlkreisbüros zur Verfügung.

Änderungen in den Büros

Anette Bock verstärkt seit Januar wieder unser Team und hat das Kyritzer Büro übernommen. Andreas Bergmann übernimmt damit das Wittstocker Büro und Paul Schudlach bleibt in Neuruppin zuständig. Neben den allmonatlichen Abgeordneten-Sprechstunden auf den jeweiligen Marktplätzen bleiben wir in den Büros für alle Sorgen und Nöte, Kommentare und Informationen ansprechbar - auch per E-Mail oder Telefon. Gesprächstermine über die Bürozeiten hinaus gehören selbstverständlich auch weiter zu unserer Arbeit. Egal, ob es um Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik geht.

Kirsten Tackmann, MdB

Der Islamische Staat (IS) wird aufgebaut durch Geld und Waffen - insbesondere aus Saudi-Arabien.

■ Noch 2015 hat Wirtschaftsminister Gabriel millionenschwere Waffenexporte nach Saudi-Arabien genehmigt. Und die Bundesregierung unternimmt nichts gegen die Terrorfinanzierung aus diesem und anderen Ländern.

Der IS verkauft Öl im Wert von schätzungsweise zwei Millionen Dollar pro Tag, vor allem über die Türkei.

■ Kanzlerin Merkel unterstützt und hofiert den türkischen Präsidenten Erdogan - unter anderem durch ihren Besuch in Istanbul im Oktober 2015.

Der IS findet immer neue Anhänger, weil die mörderischen US-Drohnenkriege vor allem unschuldige Zivilisten töten und die Kriege des Westens die ganze Region in Perspektivlosigkeit gestürzt haben.

■ Die Bundesregierung hält am Stützpunkt Ramstein fest, ohne dessen Logistik keine einzige US-Drohne gesteuert werden könnte.

aus: www.facebook.com/sahra.wagenknecht/photos/

Zwischenruf

Als über die Silvesterereignisse in Köln berichtet wurde, sagten Polizeibeamte, die vor Ort eingesetzt waren, dass sie einer massiven »Wand« von Menschen gegenüber standen. Diese Wand sei undurchdringlich gewesen, sodass die Polizei nicht handeln konnte.

Hallo, liebe Kölner Polizeiführung. Setzt Euch doch mal mit Euren Brandenburger oder sächsischen Kollegen in Verbindung. Die wissen nämlich, wie man mit rabiatischen Mitteln gegen demonstrierende oder blockierende Menschen vorgeht. Das konnten Linke und andere demokratische Kräfte schon mehrmals erleben, wenn sie gegen Nazi-Aufmärsche protestierten. Gut,

Wasserwerfer sollte man bei Frost nicht einsetzen, aber Räumfahrzeuge, wie sie in Neuruppin immer demonstrativ vorfahren oder die Großkartuschen mit Tränengas bzw. Pfefferspray sind auch im Winter einsetzbar.

Offenbar fällt es der Polizei leichter, gegen Linke u. a. Demokraten als gegen Kriminelle vorzugehen.

Achim Müller

Erfolg linker Kommunalpolitik

Datschen können in der Hand der Familien bleiben

Die letzte Stadtverordnetenversammlung der Fontanestadt Neuruppin am 14. Dezember 2015 war inhaltlich gut gefüllt. Obwohl die Stadtverwaltung den Haushaltsbeschluss für 2016 von der Tagesordnung nahm, warteten weit mehr als 20 Tagesordnungspunkte auf ein entsprechendes Votum der Stadtverordneten.

Darunter befand sich auch der Antrag der Stadtfraktion der LINKEN zum Vorpachtrecht für städtische Erholungsgrundstücke (siehe Märkische Linke Oktober 2015). Die Fraktion forderte darin, dass bei Tod der vormaligen Pächter die Stadt von ihrem Sonderkündigungsrecht gemäß

Schuldrechtsanpassungsgesetz zunächst keinen Gebrauch macht. Dieses sah folgendes vor: Verstirbt ein Pächter eines kommunalen Grundstückes, kann die Kommune jederzeit kündigen. Den Erben des Pächters muss für die errichteten Bauten

DIE LINKE.

im Parlament

eine Entschädigung gezahlt werden. In Neuruppin wurde so verfahren. Betroffen sind vor allem Pächter von Erholungsgrundstücken. Die Stadt wartet einfach ab und kündigt den Erben, um anschließend diese Pachtgrundstücke an den Höchstbietenden zu versteigern. Damit wird die Lebensleistung vieler Familien mit Füßen getreten und der soziale Friede massiv gestört. Vor dem Amtsgericht wurden schon 2 Klagen entschieden.

Laut dem Antrag der LINKEN soll den Erben des bisherigen Pächters ein Vorpachtrecht zu marktüblichen Pachtzinsen einge-

Die Stadtfraktion der LINKEN. Neuruppin übergab am Rande der letzten Stadtverordnetenversammlung dem anwesenden Redakteur der MAZ-Lokalredaktion 130.- Euro für die Hilfsaktion »Sterntaler«.

räumt werden. Erst wenn die Erben auf das Vorpachtrecht verzichten, soll eine Versteigerung an den Höchstbietenden stattfinden.

Gutes Ende

Die vorangegangenen Beratungen der Fachausschüsse ließen den Schluss zu, dass der ursprüngliche Antrag keine Mehrheit finden wird. Ein fragwürdiger Änderungsantrag wurde vorgeschlagen, der beinhaltete, dass der Antrag der LINKEN nur auf Grundstücke angewendet werden soll, die nicht am Wasser angrenzen. Die laut Stadtverwaltung 32 Wassergrundstücke sollten aber nach alter Verfahrensweise an den Höchstbietenden versteigert werden.

Dagegen argumentierte die Fraktion der LINKEN erfolgreich und letztendlich überzeugend.

Gegen den massiven Widerstand der Stadtverwaltung und der CDU-Fraktion wurde mit großer Mehrheit dem leicht veränderten Antrag zugestimmt.

Ronny Kretschmer
Fraktionsvorsitzender



Erben können Datschen behalten!

Foto: Pixabay

Parlamentssplitter

Am 4. Dezember 2015 stimmten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zur **Beteiligung der Bundeswehr am Kampfeinsatz** gegen den »Islamischen Staat« wie folgt ab:

■ CDU/CSU-Bundestagsfraktion

99 % mit JA

■ SPD-Bundestagsfraktion

83 % mit JA

■ Grüne-Bundestagsfraktion

5 % mit JA

■ DIE LINKE-Bundestagsfraktion

0 % mit JA

Zum **Stopp der Waffenexporte** in den nahen und mittleren Osten stimmten die Bundestagsabgeordneten wie folgt ab:

■ CDU/CSU-Bundestagsfraktion

0 % mit JA

■ SPD-Bundestagsfraktion

0 % mit JA

■ Grüne-Bundestagsfraktion

0 % mit JA

■ DIE LINKE-Bundestagsfraktion

100 % mit JA

Gekaufte Politik(er)?

Wären DIE LINKE als einzige Partei Deutschlands keine Spenden von Konzernen und Banken entgegen nimmt, langen die anderen kräftig zu.

So erhielten 2015 folgende Parteien Spenden aus der Wirtschaft:

■ Die CDU 600.000 €

■ Die FDP 550.000 €

■ Die SPD 220.000 €

■ Die Grünen 110.000 €

Hierbei ist anzumerken, dass das nur die »Spitze des Eisbergs« ist, da sich Banken und Konzerne immer mehr auf nicht-veröffentlichungspflichtiges Sponsoring verlegen.



Mit gleich zwei Teams hatte sich unsere Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen am Nacht-Volleyballturnier der IJN (Initiative Jugendarbeit Neuruppin e.V.) im Dezember in Neuruppin beteiligt. Ob sie erfolgreich waren? Nun ja, sie hatten auf jeden Fall Spaß.
Foto: Paul Schmudlach

Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert ...

Die Kenntnis der Geschichte, vor allem der des eigenen Volkes, gehört zum Allgemeinwissen eines aufgeklärten Bürgers, sagte schon mein Geschichtslehrer in der 6. Klasse.

Dass diese »Weisheit« sich bewahrt, konnte ich in meinem Leben mehrfach erfahren. Aber auch meine Großmutter, eine überzeugte Kommunistin, sagte immer wieder: »Nur wer die Vergangenheit kennt und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zieht, kann diese Fehler zukünftig vermeiden.«

Und nun stehen wir vor dem Problem (auch in Brandenburg), dass unseren Kindern und Enkeln an den Schulen Geschichte nur in Bruchstücken vermittelt wird. Wissenschaftler sprechen schon von einer »historischen Amnesie« (Gedächtnislücke), die den gegenwärtigen Schülern droht.

Geschichtsunterricht in Längsschnitten

Es soll und wird, so haben es die Kultusminister der Länder beschlossen, Geschichte nicht mehr in Zusammenhängen, d.h. nicht mehr chronologisch, sondern zusammenhanglos nach Schwerpunkten vermittelt werden. Dass damit Schüler geschichtliche Ereignisse »durcheinanderwerfen« und Zusammenhänge nicht mehr erkennen, wird einfach so akzeptiert. So kann es passieren, dass den Schülern nicht mehr vermittelt wird, wie es zu Hitlers Machtergreifung kam, da über den 1. Weltkrieg und die Weimarer Republik nichts mehr gelehrt wird. Und dann soll das Fach Geschichte seine Eigenständigkeit verlieren und mit den Fächern Erdkunde, Soziologie oder gar noch mit Wirtschaft verschmolzen werden.

Das Land Berlin hat z.B. die Geschichte des Imperialismus und des Kaiserreichs gestrichen. Da fragt man sich, wie die Lehrer Ursachen des 1. Weltkriegs vermitteln sollen?

In Brandenburg hat man sich bis zur 8. Klasse ganz vom Prinzip der Chronologie verabschiedet. Es gibt nur noch die »Längsschnitte«, also beispielsweise Komplexe wie »Krieg und Frieden« oder »Handel und Wandel«.

Angst, auf Macht und Mächtige zurückzublicken

Wenn der Geschichtsunterricht nicht mehr nach Epochen erfolgt, führt das dazu, dass die Schüler keine zeitliche Aufeinanderfolge erkennen und somit alle Geschichtsereignisse durcheinander werfen. So fehlen heute beispielsweise die Geschichte der Religionen als weltpolitischer Faktor oder die Geschichte des nahen Ostens bei der Geschichtsvermittlung.

Aber auch bei der jüngeren Geschichte gibt es Defizite. So beklagen Universitätsprofessoren, dass Studenten nur Schlagworte über die DDR kennen. Sie meinen, die DDR sei ein Stasi-Staat gewesen. Aber, wenn sie erfahren, dass die SED die entscheidende Kraft in der DDR war, gibt es erstaunte Gesichter. Auf die Frage, wer Erich Honecker gewesen sei, gibt es die skurrilsten Antworten.

Gerade in der heutigen Zeit, wo für Deutschland Kriege wieder eine Rolle spielen, wo deutsche Soldaten außerhalb des Staatsgebiets militärisch aktiv sind, wird bewusst auf die Ursachenvermittlung von Kriegen verzichtet. Dass es heute üblich ist,

dass Lehrer Geschichte vermitteln, obwohl sie das Fach gar nicht studiert haben, spielt hier nur eine untergeordnete Rolle. Eine Angst, das Zustandekommen und die Funktionsweise von Herrschaftsstrukturen zu analysieren und somit auf die Mächtigen zu blicken, ist augenscheinlich. Vielmehr wird von der Macht der Herrschenden abgelenkt und der Blick von unten nach oben gerichtet, was verheerende Folgen für unsere Demokratie haben kann.

Wer nicht weiß, was autoritäre Systeme in der Geschichte angerichtet haben, kann sich heute nicht gegen das Entstehen solcher Herrschaftssysteme wehren. Wenn der jetzige türkische Staatschef Erdogan, der schon als Erdowahn bezeichnet wird, ein Präsidialsystem nach dem Vorbild Hitler-Deutschlands anstrebt (wie er gegenüber Journalisten nach seiner Saudi-Arabien-Reise sagte), muss man wohl fragen dürfen, ob er auch einen reduzierten oder gar keinen Geschichtsunterricht hatte, oder hat er genau solche Großmachtbestrebungen wie einst die Osmanen.

Ob der vorgesehene Weg in Brandenburg, fächerzusammenschließenden Unterricht, z.T. mit fachfremden Lehrern, auch für das Fach Geschichte einzuführen, zum Erfolg führt, bezweifeln nicht nur Geschichtslehrer, sondern auch Universitätsprofessoren.

Wenn es auch eine gute Tradition der LINKEN ist, ihren Nachfahren die Geschichte zu erläutern, so bleibt doch trotzdem ein ordentlicher Geschichtsunterricht in der Schule unverzichtbar.

Achim Müller

Obama selbst verkündet die Wahrheit über TTIP

Im Oktober vergangenen Jahres stellte der Präsident der USA auf der Webseite des Weißen Hauses klar, dass die Freihandelsabkommen TPP (Transpazifisches Freihandelsabkommen) und TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen zwischen USA und EU) nur den Interessen der USA dienen. Das Originalzitat lautet: »Mit TPP können wir die Handelsregeln neu schreiben, zum Nutzen von Amerikas Mittelschicht. Wenn wir das nicht tun, springen Wettbewerber in diese Lücke, die unsere Werte nicht teilen. Wie China zum Beispiel.«

Wenn man die wenigen öffentlichen Erklärungen der USA und der EU zu den Geheimverhandlungen zu TTIP genau liest, erkennt man, was die USA wirklich vorhaben: die komplette Unterordnung jedes

Landes unter die Ökonomie der Amerikaner. Wer das (nach Unterschrift unter die entsprechenden Dokumente) nicht macht, muss fortlaufend mit Milliardenstrafen rechnen.

Bestes Beispiel sind Mexiko und Ecuador. 2001 belegte Mexiko alle Produkte, die mit dem schädlichen Zuckersirup Isoglucose gesüßt waren, mit einer Steuer. Daraufhin klagte ein Konzern auf entgangene Gewinne, Rechtsgrundlage: NAFTA (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko) - Mexiko verlor und zahlte 58 Millionen Dollar.

Ecuador hatte 2006 wegen der illegalen Veräußerung von Aktien den Vertrag mit Oxy (US-amerikanischer Ölkonzern Occidental Petroleum) gekündigt und

dessen Ölförderanlagen im Amazonasgebiet verstaatlicht. Oxy klagte vor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) - Ecuador verlor und muss 1,1 Milliarden Dollar plus Verfahrenskosten und Zinsen zahlen. Ein Widerspruch gegen das gefällte Urteil ist ausgeschlossen, eine Revision ist auch dann nicht möglich, wenn die Kläger falsche oder unvollständige Angaben oder Fehler bei der Klageerhebung gemacht haben!

Das südamerikanische Land kämpft schon seit längerer Zeit gegen die internationalen Schiedsgerichte. Weitere Klagen gegen Ecuador wegen Verstoß gegen Investitionsschutzverträge liegen noch zur Entscheidung vor.

Jürgen Schubert

Immer wieder Neues geboten

Am 10. Dezember 2015 ist eine Arbeit von 34 Jahren zu Ende gegangen, von der eigentlich selten viel Aufhebungs gemacht worden ist. Und doch war es ein wichtiges, ein beständiges, ein inhaltsreiches und interessantes Stück Kulturleben, das den städtischen Alltag in Neuruppin und das Leben zahlreicher Mitglieder (und ihrer Gäste bei Veranstaltungen) bereicherte: die Kulturbundgruppe RUPPNER GESCHICHTE hat immer Wissenswertes über Entwicklung, Gegenwart und Zukunft der Stadt, des Kreises und darüber hinaus oder auch von nicht weniger interessanten früheren und heutigen Persönlichkeiten angeboten und zu ausgesprochen vielseitigen Exkursionen eingeladen. Es wird uns etwas fehlen, bedauern etliche Mitglieder und mussten dann doch - mangels Nachfolge für den Vorstand - die Beendigung des Wirkens der Gruppe beschließen.

1981 wurde die Neuruppiner Kulturbundgruppe durch die seinerzeitige Museumsdirektorin Lisa Riedel gegründet, die die Mitarbeit vieler interessierter Bürger auf diesem Gebiet suchte. (Die Gruppe gehörte damals im Land zum »Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands«, später DDR.) Über 80 Mitglieder waren es sofort, die ein vielseitiges kulturelles Wirken in Angriff nahmen - in einer Stadt, wo gerade auch seit 1945 Kultur und Kunst eine nicht unbedeutende Rolle spielten.

Fortsetzung Seite 8

Möhring hochgeachtet

Am Wochenende vom 16.-18.01.2016 wurde in Neuruppin und Alt Ruppin des 200. Geburtstages des Komponisten und Lieddichters Ferdinand Möhring, geboren am 18. Januar 1816 in Alt Ruppin, gedacht. Ein großes Chorkonzert in der Kulturkirche und das Möhring-Gedenken in Alt Ruppin waren glanzvolle Höhepunkte - gestaltet vor allem auch vom weithin bekannten Möhring-Männerchor.

Der Chor ist hierzulande ein Begriff - und mit ihm der Name Möhring. Offenbar ist die von ihm komponierte Musik nicht so allgemein bekannt, aber seine Verdienste sind es. Und die Alt Ruppiner sind durchaus auch stolz auf sein dortiges Denkmal. Es kann also, wie in manchen Medien behauptet, keine Rede davon sein, dass Möhring hier »in Vergessenheit« geraten sei.

ch-

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	5.2.	Elke Werwein	Warnsdorf	zum	60.
Am	6.2.	Theodor Zupp	Neuruppin	zum	84.
Am	7.2.	Hildegard Heine	Fehrbellin	zum	85.
Am	10.2.	Hans-Dieter Petke	Neuruppin	zum	73.
Am	12.2.	Petra Börnicke	Fehrbellin	zum	60.
Am	13.2.	Helmut Chucher	Alt Ruppin	zum	88.
Am	13.2.	Beate Müller	Buskow	zum	65.
Am	25.2.	Arno Lisch	Neuruppin	zum	81.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!

Mit Blumen gegen den Faschismus



Prima Stimmung auf dem Weg zur Gedenkstätte Foto: Paul Schmuldach

Auch dieses Jahr fanden sich wieder viele Menschen linker Gesinnung in Berlin ein, um der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts zu gedenken und gegen Kapitalismus und Faschismus zu demonstrieren. Darunter auch ein Kleinbus mit Genossen aus dem Landkreis OPR und ich.

Wir erreichten das Frankfurter Tor, den Startpunkt des Demonstrationzugs, pünktlich 15 Minuten vor Beginn der Demo. Genug Zeit für mich, um die anderen Teilnehmer etwas zu beobachten. Diese waren vor allem von der DKP, SDAJ, MLPD und diversen anderen antifaschistischen Organisationen. Die vielen Genossen und Sympathisanten der LINKEN waren optisch leider nicht so präsent. Als es um 10 Uhr endlich losging, wurden von den Organisatoren noch ein paar kurze Sätze an die Teilnehmer der Demo gerichtet: »Es sei egal, welche Unterschiede es zwischen unseren Parteien gibt, wir können uns auf gemeinsame Ursprünge unserer antifaschistischen, antikapitalistischen Ansichten stützen, die uns an diesen Tag und Ort einen.«

Danach setzten sich die Massen in Bewegung und die Internationale wurde gespielt. Nach den letzten Wochen mit den fürchterlichsten Nachrichten über deutsche Kriegseinsätze oder Verschärfungen des Asylrechts war es für mich eine echte Wohltat, so viele Menschen die Internationale singen zu hören. Eine Gewissheit überkam mich, in diesem Land nicht allein zu sein. Es sollen nach Angaben des Veranstalters 14.000 Menschen gewesen sein. Nachdem das Lied vorbei war, konnte man beeindruckend laute Sprechchöre der Anhänger von DKP bzw. SDAJ hören.

Und so bewegte sich der Menschenzug ohne nennenswerte Zwischenfälle zur »Gedenkstätte der Sozialisten«. Dort wurden rote Nelken niedergelegt. Auch ich legte neben die Gedenktafel von Rosa Luxemburg eine Blume nieder. In diesem Moment hatte ich, durch diese simple Tat, das Gefühl, etwas Wichtiges gegen den Faschismus in Deutschland getan zu haben. Als ob ich die Ideale, für die Rosa Luxemburg stand, für unsere Generation konserviert hätte.

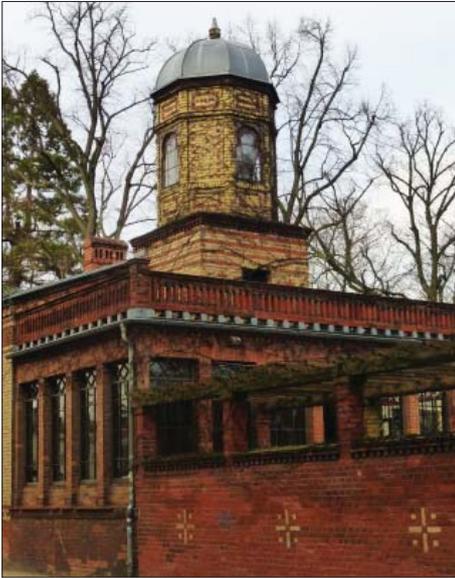
Georg Albrecht

Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

DIE LINKE. Kreisvorstand OPR
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61,
BIC: GENODEF1NPP
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppin eG

Immer wieder Neues geboten

Erika Herms - 30 Jahre lang Vorsitzende der Gruppe



Traditionsreicher Tempelgarten Foto: Jürgen Schubert

Fortsetzung von Seite 7

Mit großer Regelmäßigkeit fanden in den 34 Jahren an fast jedem letzten Donners- tag im Monat die Zusammenkünfte statt. Immerhin hieß das für den Vorstand, für ca. 350 Veranstaltungen Ideen zu entwi- ckeln (woran zahlreiche Mitglieder viel Anteil hatten!), zu planen, Inhalte zu überlegen, Referenten und Ziele zu finden - und alles bis ins kleinste zu organisieren. Jeder, der ehrenamtlich tätig ist, kennt den Spaß, sprich Aufwand ...

Seit 30 (!!) Jahren hat die ehemalige Lehrerin Erika Herms mit viel persönli-

chem Engagement, mit Umsicht und Zeit, die Kulturbundgruppe geleitet und sich ein großes Dankeschön verdient. Das gilt besonders auch für die Vorstandsmitglie- der, die sie tatkräftig unterstützten - Rosi Warnest, Lisa Riedel, Ilse Schilling u.a. Viele weitere Mitglieder müssten ei- gentlich genannt werden, wie z.B. Kurt Rienab, Siegfried Schwanz, Günter Rie- ger, Dieter Exner, die auch mit eigenen Forschungsarbeiten bzw. Veröffentlichun- gen aufwarteten.

Man muss noch dazu sagen, dass die Gruppe nur von den Beiträgen und Spen- den der Mitglieder gelebt und alles damit bestritten hat und keinerlei Zuschüsse erhielt.

Dem Restaurant Tempelgarten in Neuruppin sei Dank, dass wir hier in traditionsreicher, gediegener und überaus freundlicher Umgebung in diesen Jahren immer eine sehr schöne Bleibe hatten.

So sind die 34 Jahre Wirken der Kulturbundgruppe RUPPNER GESCHICHTE und ihrer Mitglieder auch ein Beispiel dafür, wie durch sie ein ganzes Stück vielseitiges Kulturleben in der Fontane- stadt Neuruppin mitgestaltet wurde.

Vielleicht schreiben geschichts- interessierte Schüler einmal eine ausführ- liche Chronik über dieses interessante Thema??

Christa Horstmann

Termine

(Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Mittwoch, 27.1./17.2.	Beratung des Stadtvorstandes DIE LINKE. Neuruppin 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 01.02.16	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 01.02.16	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Dienstag, 02.02.16	Marxistischer Lesekreis 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 04.02.16	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Donnerstag, 04.02.16	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Mittwoch, 10.02.16	Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Montag, 15.02.16	Marxistischer Lesekreis 17.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. : Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de

Redaktion: Jürgen Schubert (verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Achim Müller, Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabge- ordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpoli- tische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4997064
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Landtagsabgeordnete **Margitta Mächtig**
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Mei- nung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
Erscheinungsdatum:

Fr., 05.02.2016
Mi., 17.02.2016